

Stand: 09.02.2026 15:14:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15187

"Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15187 vom 01.02.2017
2. Beschluss des Plenums 17/15223 vom 01.02.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg, Prof.Dr.Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hüting, Dr. Thomas Goppel, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Michaela Kaniber, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Helmut Radlmeier, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Klaus Steiner, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Manuel Westphal und Fraktion (CSU)

Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, auf welche Weise die politische Bildung in den verschiedenen Bildungsgängen (allgemein- und berufsbildende Schulen, Hochschulen, in der Jugend-, Erwachsenen-, Aus- und Weiterbildung in Bayern) gefördert und vermittelt wird, um der Entstehung von Antisemitismus und Extremismus präventiv entgegenzuwirken.

Insbesondere sollen in dem Bericht folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie sind die Themen politische Bildung und Demokratie lernen in der Lehreraus- und -fortbildung verankert?
- In welchen Fächern und in welchen Jahrgangsstufen sind diese Themen in den Lehrplänen vorgesehen? Inwieweit leisten die hier relevanten Fächer ihren Beitrag zur Erfüllung dieser schulart- und fächerübergreifenden Bildungsziele?
- Welche speziellen Angebote gibt es, um die Schülerinnen und Schüler in ihrem Verständnis von

Demokratie und Toleranz zu stärken? Welche Partizipationsmöglichkeiten bieten Schulen ihren Schülerinnen und Schülern, um Demokratie besonders praktisch und lebensnah zu erlernen?

- Welche präventiven Maßnahmen bietet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit für die Schulen und darüber hinaus an?
- Welche Mittel steuert der Freistaat Bayern jährlich zu Institutionen wie dem Institut für Zeitgeschichte, den NS-Dokumentationszentren und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten bei?
- Wie viele bayerische Schülergruppen besuchen jährlich die bayerischen Gedenkstätten und ihre Außenlager mit Ausstellungen sowie die NS-Dokumentationseinrichtungen? Welche Ausbauprogramme sind bei der Stiftung Bayerische Gedenkstätten geplant?
- An welchen bayerischen Hochschulen wird in Wissenschaft und Lehre Demokratie- und Extremismus-Forschung wie vermittelt?
- Welchen Stellenwert hat die politische Bildung in der Erwachsenenbildung? Wie stark werden entsprechende Angebote wahrgenommen?

Begründung:

Der Landtag ist sich der zentralen Bedeutung der politischen Bildung für eine funktionierende Demokratie und zur Verhinderung von Antisemitismus und Extremismus jeglicher Art bewusst. Daher ist in den vergangenen Jahrzehnten ein umfassendes Tableau von verpflichtenden und freiwilligen Angeboten politischer Bildung in Bayern aufgebaut worden. Dem Landtag ist daher an einer Zusammenschau dieser vielfältigen Maßnahmen und Angebote besonders gelegen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Branneckämper, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hüting, Dr. Thomas Goppel, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Michaela Kaniber, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Helmut Radlmeier, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Klaus Steiner, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Manuel Westphal und Fraktion (CSU)

Drs. 17/15187

Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, auf welche Weise die politische Bildung in den verschiedenen Bildungsgängen (allgemein- und berufsbildende Schulen, Hochschulen, in der Jugend-, Erwachsenen-, Aus- und Weiterbildung in Bayern) gefördert und vermittelt wird, um der Entstehung von Antisemitismus und Extremismus präventiv entgegenzuwirken.

Insbesondere sollen in dem Bericht folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie sind die Themen politische Bildung und Demokratie lernen in der Lehreraus- und -fortbildung verankert?
- In welchen Fächern und in welchen Jahrgangsstufen sind diese Themen in den Lehrplänen vorge-

sehen? Inwieweit leisten die hier relevanten Fächer ihren Beitrag zur Erfüllung dieser schulart- und fächerübergreifenden Bildungsziele?

- Welche speziellen Angebote gibt es, um die Schülerinnen und Schüler in ihrem Verständnis von Demokratie und Toleranz zu stärken? Welche Partizipationsmöglichkeiten bieten Schulen ihren Schülerinnen und Schülern, um Demokratie besonders praktisch und lebensnah zu erlernen?
- Welche präventiven Maßnahmen bietet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit für die Schulen und darüber hinaus an?
- Welche Mittel steuert der Freistaat Bayern jährlich zu Institutionen wie dem Institut für Zeitgeschichte, den NS-Dokumentationszentren und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten bei?
- Wie viele bayerische Schülergruppen besuchen jährlich die bayerischen Gedenkstätten und ihre Außenlager mit Ausstellungen sowie die NS-Dokumentationseinrichtungen? Welche Ausbauprogramme sind bei der Stiftung Bayerische Gedenkstätten geplant?
- An welchen bayerischen Hochschulen wird in Wissenschaft und Lehre Demokratie- und Extremismus-Forschung wie vermittelt?
- Welchen Stellenwert hat die politische Bildung in der Erwachsenenbildung? Wie stark werden entsprechende Angebote wahrgenommen?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Georg Rosenthal

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Karl Freller

Abg. Eva Gottstein

Abg. Katharina Schulze

Abg. Dr. Ute Eiling-Hüting

Staatssekretär Georg Eisenreich

Abg. Margit Wild

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

Antisemitismus in Bayern: Straftaten konsequent verfolgen - Politisch-historische Bildung stärken (Drs. 17/15170)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg u. a. und Fraktion (CSU)

Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus (Drs. 17/15187)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Extremismus auch durch Bildung bekämpfen: Prävention durch gelebte Demokratie! (Drs. 17/15188)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Rosenthal von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema zeigt, dass insgesamt das Parlament erneut gefordert ist. Die nachgezogenen Dringlichkeitsanträge bedeuten auch, dass wir uns im Grundsatz durchaus einig sind. Der Ausgangspunkt, weshalb wir heute diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, ist eine Anfrage an das zuständige Staatsministerium, die wir als Fraktion gestellt haben. Aus dieser Anfrage ist sehr deutlich hervorgegangen, dass die Zahl der antisemitischen Straftaten in Bayern im vergangenen Jahr dramatisch angestiegen ist. 2015 waren es 132 erkannte Straftaten. 2016 waren es bereits 176 er-

kannte Straftaten. Auch die Schwere der Straftaten hat dramatisch zugenommen: 2015 sind es Fälle von Körperverletzung. 2016 sind in der Statistik ein Mord, ein Fall von Totschlag und Körperverletzungen verzeichnet.

Das Fazit lautet: Antisemitismus ist wieder ein zentrales Thema in der Gesellschaft. Die strafrechtliche Verfolgung ist das eine. Sie wird konsequent erfolgen, und sie ist wichtig, aber längst nicht mehr ausreichend. Die Vorbeugung muss wieder ins Zentrum dieser Auseinandersetzung um die Stärkung von Demokratie gerückt werden. Bei genauer Betrachtung der populistischen und der rechtsextremistischen Strömungen und der Gewaltanwendungen, aber auch des Versuchs der Länder, die rechtsextremistischen und die NPD-Wurzeln durch ein Verbot der NPD einzudämmen, kommt man zu folgender Erkenntnis: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil, das sehr differenziert ausgefallen ist, auf der einen Seite das Parteienprivileg wieder in den Mittelpunkt gestellt und ein Verbot nicht zugelassen, aber uns andererseits gleichzeitig einen großen Aufgabenkatalog hinterlassen, indem es uns auferlegt hat, unterhalb des Parteienverbotes sehr viel mehr Aktivitäten zu entfalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es gibt ein problematisches Defizit an politischer Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich. Bürgerinnen und Bürger – das zeigen Untersuchungen – neigen dazu, in ihrer Urteilskraft ungenügend qualifiziert zu sein und Auffassungen zu vertreten, die populistisch inszenierte einfache Lösungen favorisieren. Das bedeutet: Demokratie lernen ist erneut eine Aufgabe, die als eine verpflichtende Veranstaltung nicht nur in der Fort- und Weiterbildung an den Universitäten einen Stellenwert einnehmen sollte, sondern auch in den Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist ganz klar, dass Sie sagen werden: Da sind wir uns ja einig, das ist als Teil im Katalog der Schulen verzeichnet. – Das ist einerseits richtig, aber andererseits falsch oder unzureichend, um mich an dieser Stelle präziser auszudrücken. Was meine ich

damit? – Institutionenkunde sagt noch nichts darüber aus, ob man in der politischen Bildung zu Hause ist. Es geht darum, in der Schule andere Lernformen möglich zu machen, das heißt, auch Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler stärker in den Fokus zu rücken. Das haben die KMK – die Ständige Konferenz der Kultusminister – und die 16 Bundesländer in mehrfachen Anläufen so formuliert und angemahnt. Die politischen Bildner und die Didaktiker im Politikbereich plädieren für eine Institutionalisierung dieser Aufgaben in der Lehrerbildung und eine Stärkung der Demokratieerziehung. Sie plädieren für vielfältigere Lernformen. Das heißt, der Ansatz, der hier im Parlament gelegentlich angeboten wird, Schülerinnen und Schüler einzuladen und hier einen Tag als Parlamentarier in einer Lernwerkstatt zu verbringen, ist richtig. Bei genauer Betrachtung, wie viele Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, diese Lernworkshops für Demokratie zu besuchen, sind wir uns – glaube ich – sehr schnell einig, dass das zwar ein guter Ansatz ist, der aber hinten und vorne nicht ausreichend ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns vermutlich auch einig, dass die finanziellen Mittel dafür unzureichend sind. Wir haben als SPD-Fraktion eine Anhörung durchgeführt, in der wir diejenigen eingeladen haben, die sich an den Lernorten der ehemaligen KZs bemühen, dort politische Bildung zu vermitteln. Dabei wurde sehr deutlich, dass das didaktische Material verbesserungsbedürftig und -würdig ist, um es vorsichtig auszudrücken. Für besondere andere Lernformen unter Beteiligung von Schülerinnen und Schüler bedarf es Örtlichkeiten, die geeignet sind, das Lernen in diesen Lernformen einzustudieren. Das heißt, es fehlen die geeigneten Räumlichkeiten. Es fehlt an der Ausstattung in diesem Bereich. Es fehlt auch an der Fort- und Weiterbildung; denn an den Hochschulen könnten wir an dieser Stelle, um es vorsichtig zu formulieren, mehr tun. Dort müssen wir mehr tun.

Wir können an dieser Stelle aufgrund der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unsere Erfahrung bündeln und feststellen: In den 1970er-Jahren waren wir ähnlichen

Bedrohungen ausgesetzt. In der Bevölkerung waren ähnliche rechtsextremistische Bestrebungen verbreitet. Aber wir waren als Demokratie wehrhafter. Die Landeszentralen für Politische Bildung und die Bundeszentrale für Politische Bildung erhielten Sondermittel zur Verfügung. – Es gab andere didaktische Lernformen. Es gab Aktivitäten an den Universitäten. Wir waren an dieser Stelle in der Umsetzung erfolgreich.

Es ist in einer anderen Generation erneut an der Zeit, Demokratie bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in einer verstärkten Form zu verankern, weil die populistischen und rechtsextremistischen Strömungen keine Besonderheit der Bundesrepublik Deutschland sind. Wir sollten von Europa und anderen Nationen in unserer Europäischen Union lernen. Wir stellen fest, dass wir einerseits noch gut aufgestellt sind. Andererseits aber müssen wir bei Betrachtung der letzten Jahre feststellen: Diese Diskussionen, zum Beispiel die grenzwertigen Pegida-Diskussionen, sind die Boten einer sich verändernden demokratischen Kultur in der Gesellschaft. Eine Demokratie – das ist ein Allerweltssatz – lebt davon, wie viele aktive Demokratinnen und Demokraten in der Lage sind, diese Demokratie an ihrem Arbeitsplatz vor Ort, in ihren gemeinnützigen Organisationen zu verteidigen. Das ist an vielen Stellen – das zeigen alle wissenschaftlichen Untersuchungen – völlig unzureichend. Vielleicht sagen Sie, der Rosenthal überzieht an dieser Stelle. Dann verweise ich auf ein Interview, das Herr Parigger, Direktor der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mit dem Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband geführt hat. Darin hat er sehr deutlich gesagt, was alternative Lernformen ausmacht, wie das demokratische Handeln beim Lernen in Situationen und Simulationen besser verankert werden kann, wie Lehrer stärker eingebunden werden können und wie Schülerinnen und Schüler in der Schule selbstständig und aktiv lernen können, dass politische Bildung mit ihrem Tun zusammenhängt. Es gibt Schulverfassungen. Darin stehen hehre Grundsätze. Diese müssen in die Praxis umgesetzt werden. Sie müssen gelebt werden und ständig präsent sein. Wir als Parlament tragen dabei eine große Verantwortung, diejenigen nicht

alleine zu lassen, denen wir diese Aufgaben in der schulischen und außerschulischen Bildung gegeben haben. Vor allem bei der außerschulischen politischen Bildung ist die finanzielle und die personelle Ausstattung völlig unzureichend.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich die Berufsschulen ansieht, wenn man anschaut, wie dort der Rechtsextremismus und die vereinfachenden Diskussionen Fuß gefasst haben, auf welch fruchtbaren Boden sie bei den Schülerinnen und Schülern fallen, dann muss man sagen: Wer diese Menetekel nicht erkennt, versündigt sich an der demokratischen Werteerziehung dieses Landes. Wir haben viel zu verlieren an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, dass wir die Einigkeit, die wir in diesen Anträgen zum Ausdruck bringen, in Taten umsetzen und dann auch tatsächlich finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung stellen. Nur so können wir denjenigen, die vor Ort für uns kämpfen, das Signal geben, dass wir nicht nur verbal bei ihnen sind oder an besonderen Erinnerungsorten. Wir sind auch da, wenn es um finanzielle und personelle Verbesserungen geht.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Nächster Redner ist Herr Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Vizepräsidentin, Hohes Haus! Ich bedanke mich bei meinem Vorredner für sehr ernsthafte und wichtige Gedanken. Herr Rosenthal, ich danke auch für die Glaubwürdigkeit, die Sie bei diesem Thema wirklich bewiesen haben und immer wieder beweisen. Ich bedanke mich, dass Sie auf die Gemeinsamkeit hingewiesen haben. Diese Gemeinsamkeit hat beispielsweise an dieser Stelle auch in der letzten Woche geherrscht.

Ich bedanke mich aber in ganz besonderer Weise für die Gemeinsamkeit, die ich am vergangenen Freitag mit einigen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses in Tschechien erleben durfte. Bei den drei Veranstaltungen in Prag, Leitmeritz und Theresienstadt waren Vertreter aller Fraktionen dabei. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Viele herzlichen Dank, Kolleginnen und Kollegen, dass Sie mit drüben waren. Es waren würdige Veranstaltungen, die deutlich gemacht haben, dass die vier demokratischen Parteien des Bayerischen Landtags Flagge zeigen. Besonders berührt hat mich aber die Tatsache, dass es gelungen ist, zum ersten Mal über die Grenzen hinweg eine Gedenkfeier durchzuführen. Dass dies gerade mit Tschechien gelang, hat mich tief bewegt; denn wir haben dem tschechischen Volk sehr viel angetan. Für mich war es eine tief beeindruckende Reaktion der tschechischen Seite, dass sie die Präsidentin des Bayerischen Landtags haben reden lassen, dass sie uns alles an protokollarischem Aufgebot gegeben haben, was von uns nie verlangt war, was von uns aber sehr hoch wertgeschätzt wurde.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir mit den gemeinsamen Gedenkfeiern des Landtags und der Gedenkstätten jeweils im Januar ein deutliches Zeichen nach außen setzen. Ich sage das nicht ohne Stolz, aber es ist ein gemeinsamer Stolz, der uns einen darf: Wir sind das einzige Länderparlament in Deutschland, das es schafft, nicht nur im Saal des Parlaments, sondern auch an den Stätten der Opfer zu gedenken. Das tun wir jetzt schon im siebten Jahr. Ich höre es immer wieder, dass andere Stiftungen sehr dankbar wären, wenn ihre Parlamente mitziehen würden. Das ist auch eine Anregung. Wer immer wo regiert, sollte es aufgreifen und es auch in anderen Bundesländern umsetzen. Das wollte ich sagen, weil auch das ein Thema ist, das uns heute bewegt.

Nun zum Antrag selbst. Vor allem das Stichwort "Antisemitismus" beherrscht die Überschrift und Teile Ihres Antrags. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Wort geht durch Mark und Bein. Mit dieser Geisteshaltung sind im letzten Jahrhundert sechs Millionen Menschen in den Tod geschickt worden. Antisemitismus, der Hass gegen Juden, ist das Schlimmste, was Deutschland je hervorgebracht hat, obgleich

die Kultur Europas, die Kultur Mitteleuropas eine christlich-jüdische Kultur ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Europa, wie wir es kennen und schätzen, hat christlich-jüdische Wurzeln. Das sollte man nie vergessen. Viele Teile Europas, auch Deutschlands, sind mit jüdischem Geist gegründet, geschaffen und über viele Jahre und Jahrzehnte betrieben worden.

Ich bin froh, dass wir wieder jüdisches Leben bei uns in Bayern haben. Das Beste, was wir gegen den Antisemitismus leisten konnten, war, dass wir es in der Nachkriegszeit, bis zum heutigen Tag, geschafft haben, dass die Politik dieses Hauses einen gepflegten Umgang mit den jüdischen Gemeinden Bayerns führt und deren Existenz sichert und weiterentwickelt. Was hier an Verträgen geschlossen worden ist, das ist gut. Ich erinnere an den Staatsvertrag. Beim Staatsvertrag durfte ich quasi als Zeuge dabei sein, als im Kabinett die damals noch drei Vorsitzenden der jüdischen Verbände anwesend waren. Inzwischen ist Nürnberg in den Landesverband eingegliedert worden. Bayern hat inzwischen zwei große, eigenständige Verbände, die Israelitische Kultusgemeinde München-Oberbayern und den Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Bayern. An der Spitze stehen mit Frau Dr. Knobloch und Herrn Dr. Schuster außerordentlich glaubwürdige Personen. Nürnberg war früher auch eigenständig, es ist inzwischen aber mit eingemeindet. Ich will es hier aber ausdrücklich nennen. Der Zusammenhalt, die Zusammenarbeit sind eng. Der Staatsvertrag war ein wichtiger Beginn und Schritt, der Synagogenbau der nächste. Ihr Oberbürgermeister von der SPD, Herr Ude, und Edmund Stoiber, beide zusammen haben es geschafft, dass der Bau der Synagoge, deren zehnter Geburtstag wir erst vor Kurzem feiern konnten, überhaupt begonnen wurde.

Wer in den Memoiren von Edmund Stoiber nachliest, wird einen bemerkenswerten Satz finden. Ich kann mich noch gut erinnern: Damals kam im Kabinett eine kritische Frage des damaligen Finanzministers, wie man denn rechtlich begründen will, dass für den Synagogenbau so viele Millionen ausgegeben werden. Die Antwort von Ed-

mund Stoiber war unwahrscheinlich gut. Edmund Stoiber sagte schlicht und einfach: Mit der deutschen Vergangenheit.

Das heißt: Hier haben wir ein Miteinander, das wir fortsetzen sollten. Ich kann mir noch vieles vorstellen, was darüber hinaus möglich wäre. Unabhängig von den Funktionen, die ich an anderer Stelle habe, könnte ich mir vorstellen, dass im Bereich der Erwachsenenbildung neben dem katholischen und dem evangelischen Bildungswerk auch ein jüdisches Bildungswerk hochgezogen werden könnte. Dazu gibt es einige konkrete Überlegungen. Solche Projekte bieten sich in den nächsten Jahren an. Das können wir fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Antisemitismus ist in Bayern da und dort leider immer wieder latent vorhanden, so wie es auf der ganzen Welt ist, in den arabischen Ländern natürlich ganz extrem. Dass er in den arabischen Ländern so extrem ist, hat uns 2014 wahnsinnig wehgetan. Damals haben wir alle miteinander ein bisschen lange gezaudert, auch daran will ich erinnern. Im Frühjahr 2014 waren die hässlichsten Demonstrationen, an die ich mich persönlich in meiner politischen Zeit erinnere. Damals wurden antisemitistische Parolen schlimmster Art gegrölt. In Berlin schritt man zu wenig dagegen ein, und auch in München musste fast die Israelitische Kultusgemeinde eine Veranstaltung initiieren. Gott sei Dank haben sich dann aber alle unsere Redner dagegen ausgesprochen. Das war 2014, das will ich nur erwähnen.

Allerdings will ich auch nicht verschweigen, dass der Antisemitismus in der arabischen Welt sehr intensiv ist. Mit den vielen Hunderttausenden von Menschen aus diesem Raum ist er auch zu uns importiert worden. Wie wir damit umgehen werden, weiß ich nicht; da stehen für mich noch viele Fragezeichen. Ich sage das emotionslos, als Beschreibung dessen, was ich von jüdischer Seite höre. Das führt natürlich zu neuen Ängsten. Auch das Rechtsextreme schaukelt sich hoch, das ist die zweite Bedrohung. Im linksextremen Bereich besteht leider nicht immer eine Ablehnung des Antisemitismus, wie man das vielleicht glauben möchte. Auch da gibt es Entwicklungen, wo sich der Kreis des Extremismus schließt. Das will ich nur einmal der Vollständigkeit halber

erwähnen. Meine Damen und Herren, zurück zum Antrag. Sie haben die Gedenkstätten angesprochen. Dort ist in den letzten Jahren sehr viel geschehen. Ich will der Kollegin Eiling-Hütig nicht vorgreifen; sie wird vor allem zu den schulischen Maßnahmen etwas sagen. Darüber, was in den Gedenkstätten in den letzten zehn Jahren geschehen ist, könnte ich eine halbe Stunde lang reden und aufzählen. Ich würde es auch gerne tun. Ich denke nur an Neubauten wie an die Eröffnung des Besucherzentrums in Dachau, an den Umbau des Verwaltungsgebäudes, die Neuanlage des Gedenkortes "Schießplatz Hebertshausen" oder an die neue Dauerausstellung in Flossenbürg. Dort wurde der Außen- und Eingangsbereich völlig umgestaltet. Das alte Offizierskasino wurde in ein Seminarhaus für Lehrerbildung umgebaut, die Bewirtung erfolgt dort durch Menschen mit Handicaps. Ein Denkmal für Sinti und Roma wurde geschaffen. In Hersbruck wurde beim Außenlager ein Informationspavillon gebaut.

In Mühldorf planen wir Umbauten. Marcel Huber, vielen herzlichen Dank für die Bemühungen vor Ort. Es ist höchst kompliziert, dort etwas voranzubringen. Wir werden mit dem Waldlager und dem Massengrab sicherlich heuer noch Erfolge haben und erste Ergebnisse zeigen. Der Bunkerbogen wird von uns allen massiv bearbeitet. In Dachau haben wir für über viereinhalb Millionen Euro den Parkplatz neu gestaltet. Die Kritik an der Dauerausstellung ist nachvollziehbar. Auch dort wird einiges gemacht werden müssen. Die Ausstellung ist allerdings nicht ganz so alt. Sie stammt vom Beginn dieses Jahrtausends. Bei den Fachleuten und auch den ehemaligen Häftlingen war eine gewisse Reserviertheit gegenüber moderner Museumspädagogik festzustellen. Hier müssen wir vorsichtig und behutsam sein, weil wir auch die Überlebenden auf den Weg, wie das Lager präsentiert wird, mitnehmen wollen.

Das Interesse an den Gedenkorten hat uns überholt. Vor sechs Jahren hatten wir noch etwas 600.000 bis 700.000 Besucher in Dachau. Eintrittskarten werden dort zwar nicht verkauft, aber die Stadt Dachau hat 2007 eine Zählung durchgeführt. Jetzt schätzen alle Beteiligten, dass die Besucherzahl mindestens um ein Drittel zugenommen hat. Wir liegen damit also nahe bei oder schon über der Millionengrenze. Dachau ist,

von der Arena abgesehen, der am drittstärksten besuchte staatliche Ort nach Neuschwanstein und dem Deutschen Museum. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Dachau Personal bekommen. Frau Hasselfeldt hat sich dafür eingesetzt, der Kultusminister hat sich dafür eingesetzt, dass wir jetzt dreieinhalb Stellen bekommen haben. Diese Stellen waren nötig, weil unser Personal sonst in Schwierigkeiten kommen würde.

Wir müssen die Schülerströme etwas verteilen. In den Sommermonaten ist oft so viel los, dass nicht nur das Personal nicht reicht, sondern dass auch der Platz knapp wird und es an der Würde eines Gedenkstättenbesuches mangelt, wenn sich die Leute gegenseitig fast auf die Füße treten. Ich habe das auch schon in Yad Vashem erlebt. Das ist dort auch grenzwertig.

Ich mache deshalb einen Vorschlag, mit dem ich Ihre Gedanken nicht abwerten will. Ein Dringlichkeitsantrag hilft uns bei diesem Thema nur begrenzt weiter. Deshalb schlagen wir einen Bericht vor. Wir haben einen Berichtsantrag eingebracht und möchten einen ordentlichen Bericht über alles bekommen. Dann haben wir sicherlich noch die Möglichkeit, ausführlich über das eine oder andere Thema zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Nächste Rednerin ist Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Freller, ich habe Sie hoffentlich nicht so verstanden, dass Sie die Anträge der SPD und der FREIEN WÄHLER deswegen ablehnen, weil nach Ihrer Meinung ein Berichtsantrag genügt. Das wäre in meinen Augen das falsche Signal. Wir werden allen Dringlichkeitsanträgen zustimmen.

Der Hintergrund dieser drei Anträge ist klar. Er ist für unser Land und für unser Volk sehr beschämend. Der Statistik ist zu entnehmen, dass die Zahl der extremistisch und

antisemitisch motivierten Straftaten sich nach oben entwickelt. Wir haben eine Zunahme zu verzeichnen. Das wird auch von uns, den FREIEN WÄHLERN, aufs Schärfste verurteilt. Das ist auch der Hintergrund dieser drei Anträge. Zu begrüßen ist – und dafür danke ich auch dem Hauptantragsteller, der SPD –, dass dieses Thema aufgegriffen und im Rahmen dieser Dringlichkeitsanträge behandelt wird.

Wir sind genauso, wie es auch dem SPD-Antrag zu entnehmen ist, der Meinung, dass diese Straftaten zunächst einmal strafrechtlich konsequent verfolgt werden müssen. Wir müssen Extremismus durch Bildung bekämpfen, dürfen die strafrechtliche Verfolgung aber auch nicht unterschätzen; denn die strafrechtliche Ahndung ist zunächst entscheidend.

Dann stellt sich aber immer die Frage, wie man dem Extremismus vorbeugen kann, wie die Prävention dagegen zu gestalten ist. Dabei sind wir FREIE WÄHLER ganz klar der Meinung, dass wir noch mehr Sozialkundeunterricht und andere Unterrichtsmethoden brauchen. Entscheidend ist aber die gelebte Demokratie. Die kann ich von Klein an üben. Jeder, der Kinder hat und in der Familie Demokratie lebt, weiß sehr wohl, wie anstrengend es ist, Demokratie auch in der Familie zu leben. Das heißt nicht unbedingt, dass ich das Kind machen lasse, was es will. Ich muss aber altersgemäße, verstandesgemäße und gefühlsgemäße Mitbestimmung zulassen. Diese gelebte Demokratie fehlt teilweise in den Institutionen für unsere Jugendlichen und unsere Kinder. Deswegen haben wir uns in unserem Antrag auf die Bildungseinrichtungen konzentriert.

Wir brauchen wesentlich mehr gelebte Demokratie in der Schule. Wir haben dazu die Möglichkeiten. Das sagte ich schon immer, seit ich hier im Landtag an diesem Pult stehe. Das Erziehungs- und Unterrichtsgesetz sieht eigentlich sehr viel vor, aber es wird oft nicht mit Leben erfüllt. Dabei hilft die Fortbildung nichts, sondern ich muss darauf achten, dass der Lehrer oder der Schulleiter die Demokratie auch umsetzt. Diese Umsetzung fehlt oft. Das beginnt schon bei der Klassensprecherwahl und der Wahl der Schülervertretung und setzt sich bei der Mitbeteiligung oder Mitbestimmung der

Schüler bei Schulfahrten fort. Für manchen großen Theoretiker sind es nur Kleinigkeiten. Aber das ist die Praxis.

Wenn ich bei der Klassensprecherwahl sage, zweiter Klassensprecher ist der, der die zweithöchste Stimmenzahl bekommt, dann ist es falsch. Die Schulordnung sieht auch für den zweiten Klassensprecher eine eigene Wahl vor. Wenn ich auf solche Kleinigkeiten, die eigentlich gar keine Kleinigkeiten sind, nicht achte, dann unterlasse ich es, ein Demokratieverständnis zu schulen. Bei den Schülerfahrten kann ich auch die Schüler miteinbeziehen. Jugendliche sind nicht so dumm, wie wir manchmal tun. Wenn ich sie Demokratie miterleben lasse, wird auch diese Ohnmacht nicht gespürt. Wir wissen genau, dass Ohnmachtsgefühle oft die Basis für antisemitisches oder extremistisches Verhalten sind. Dem kann ich vorbeugen.

Ich könnte jede Menge Beispiele aufzählen, aber ich möchte zu unserem zweiten Punkt, zum Service-Learning kommen. Auch das brauche ich nicht näher zu erläutern. Wir FREIE WÄHLER haben schon öfter gefordert, dass wir an den Schulen und Hochschulen, wo demokratische Werteerziehung positiv beeinflusst werden kann, mit dem Service-Learning Partizipationsmöglichkeiten zulassen, und das muss nachdrücklich gefordert werden.

Wir fordern nicht die Einführung, sondern lediglich die Prüfung eines freiwilligen politischen Jahres. Deswegen könnte die CSU dieser Forderung doch zustimmen. Wir haben ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr und ein freiwilliges kulturelles Jahr. Ein freiwilliges politisches Jahr gibt es aber noch nicht. Warum denn nicht? Wir reden darüber, wie man Jugendliche dazu bringen kann, zu unserer Demokratie zu stehen und in unserer Demokratie zu erfahren, dass es etwas bringt, wenn man sich für Demokratie einsetzt. Dann aber lassen wir solche Erfahrungen nicht zu. In den Landkreisen, in den Stadtverwaltungen und auch in den Fraktionen hier im Landtag hätten wir diese Möglichkeiten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Es gibt doch Praktika!)

– Praktika sind sicher richtig. Ich kann es aber doch auch ganz offiziell als freiwilliges politisches Jahr machen. Warum nicht? Das würde doch auch den Stellenwert zeigen, den wir der politischen Bildung zumessen.

Bei der Öffnung der Schule für außerschulische Angebote stimmen wir mit Ihnen, Herr Freller, ganz überein. Bei der Museumspädagogik gebe ich Ihnen völlig recht. In vielen Fällen sind für moderne Unterrichtsformen und außerschulische Projekte die Museumspädagogen zuständig. Sie werden auch gefördert. Wir FREIEN WÄHLER erinnern uns schmerzlich daran, dass unser Antrag abgelehnt wurde, den Schulen einen jährlichen Besuch in den Gedenkstätten vorzuschreiben. Das sollte in den Lehrplänen stehen. Ich war als Lehrerin 36 Jahre in der Schule tätig. Oftmals werden Schüler von außerschulischen Projekten mehr berührt als vom vermittelnden Lehrer. Wir haben die Angebote. Das darf nicht vom "good will" des Lehrers oder des Schulleiters abhängen. Der Lehrer kann sagen: Jetzt haben wir den Skikurs und die Schulaufgaben, aber nicht: Jetzt kommen Sie mit Dachau oder Flossenbürg. Das geht nicht. – Wir müssen eine Vorschrift schaffen. Je größer der zeitliche Abstand ist, desto mehr Erinnerungskultur brauchen wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir meinen, dass gelebte Demokratie am besten geeignet ist, um die Jugendlichen in die richtigen Spuren zu bringen und von Ohnmachtsgefühlen abzuhalten. Deshalb werden wir allen Anträgen zustimmen, auch dem Antrag der SPD. Dort steht aus unserer Sicht nichts Verkehrtes drin. Wir werden dem Berichtsantrag zustimmen, um zu hören, wie toll alles jetzt schon ist. Herr Kollege Freller, Sie haben jedoch selber gesagt, dass es nichts gebe, was nicht noch verbessert werden könnte. In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ehemalige Schülerin des Christoph-Probst-Gymnasiums. Christoph Probst war Widerstandskämpfer der Weißen Rose. Er hat sich als junger Mensch gegen das Nazi-Regime gestellt. Wie viele andere auch habe ich mich in der Schule regelmäßig gefragt: Was hätte ich damals gemacht? Ich bin sehr froh, auf diesem Gymnasium gewesen zu sein. Aufgrund des Namensgebers ist das Thema Erinnerungskultur an meiner Schule stark präsent. Wir hatten auch regelmäßig Max Mannheimer zu Gast. Ich habe immer noch seine wichtige Aussage im Ohr: "Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber ihr seid dafür verantwortlich, dass es nicht wieder geschieht." Das muss der Leitsatz für unsere politische Arbeit und für unser Handeln sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Letzten Freitag war der alljährliche Holocaust-Gedenktag. Wir als Bayerischer Landtag waren in Tschechien und haben gemeinsam der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Es war eine würdige Veranstaltung. Ein offizielles Gedenken finde ich gut und wichtig. Aber – das möchte ich an diesem Ort sagen – auch an den anderen 364 Tagen des Jahres muss es heißen: Nie wieder! Auch an den anderen 364 Tagen des Jahres müssen wir alles dafür tun, um Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zurückzudrängen. Das ist bitter nötig; denn der Antisemitismus in Bayern wächst von Jahr zu Jahr. Wir alle kennen die Zahlen. Antisemitische Straftaten haben um 33 % zugenommen. Das ist nicht hinnehmbar. Gleichzeitig wissen wir auch, dass die Quote der polizeilichen Aufklärung in diesen Fällen sehr gering ist. Das ist ebenfalls nicht hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen somit den Fahndungs- und Ermittlungsdruck massiv verstärken. Als GRÜNE-Fraktion hatten wir erst diesen Montag eine Veranstaltung zu der rechtsextremen Gefahr der sogenannten Reichsbürger im Landtag. Die Experten, die wir geladen haben, haben uns deutlich aufgezeigt, welchen antisemitischen Kern die soge-

nannte Reichsbürger-Bewegung in sich trägt. Leider muss ich feststellen, dass die CSU diese sogenannte Reichsbürger-Bewegung viel zu lange nicht ernst genommen hat. Leider muss ich auch feststellen, dass der Rechtsextremismus, der Rassismus und die rechtsextremen Gruppierungen in Bayern nicht schwächer, sondern stärker werden. Erst heute war in den Nachrichten zu sehen, dass endlich der Bombenleger des antisemitischen Sprengstoffanschlags im Juli 2000 in Düsseldorf gefasst wurde. Somit stellen wir erneut fest: Rechtsterrorismus ist Fakt in unserem Land.

Wir wissen auch – das wiederholen wir in Debatten und Gesprächen regelmäßig –, dass die Taten immer nur die Spitze des Eisberges darstellen. Eine konsequente Strafverfolgung allein reicht nicht. Die antisemitische Grundhaltung ist in der Gesellschaft breit verankert. Das zeigen immer wieder verschiedene Studien. Dagegen kommen wir nur an, wenn wir die politische Bildung und die Prävention verstärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE fordern das regelmäßig. Wir werden das so lange fordern, bis endlich flächendeckend mehr finanzielle und personelle Unterstützung für politische Bildung und Prävention in Bayern zur Verfügung gestellt wird. Wir brauchen den Sozialkundeunterricht ab der 8. Klasse. Wir möchten, dass die politische Bildung als eine Querschnittsaufgabe an den Schulen verstanden wird. Wir sind fest davon überzeugt, dass Erinnerungsorte personell und im Hinblick auf ihre Ressourcen besser ausgestattet werden müssen, damit wirklich jede Schule diese Erinnerungsorte besuchen kann.

Mit den Jahren wird es immer weniger Zeitzeugen geben. Darüber haben wir schon geredet. Deshalb müssen andere Formen des Gedenkens schnellstmöglich ausgebaut werden. Mir ist es jedoch wichtig, dass wir uns nicht nur auf die Schulen konzentrieren. Als jüngerer Mensch möchte ich ganz klar feststellen, dass Antisemitismus keine Frage des Alters ist. Antisemitismus ist in allen Altersgruppen unserer Gesellschaft vorhanden. Darum müssen wir vor allem die finanzielle Unterstützung für außerschulische Bildungs- und Demokratieprojekte stärken. Wir als GRÜNE-Fraktion

haben bei den Verhandlungen zum Doppelhaushalt mehrere Anträge diesbezüglich eingebbracht. Leider wurden sie von der CSU-Fraktion abgelehnt. Wir GRÜNE fordern immer – das werden wir auch weiterhin tun –, die Gesellschaft mehr zu informieren, zu sensibilisieren und aufzuklären. Das gilt auch für den auf Israel bezogenen Antisemitismus und den Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, hat bei seiner Erklärung zum Holocaust-Gedenktag mit keinem Wort die sechs Millionen jüdischen Opfer erwähnt. Ich weiß nicht, ob Sie das alle mitbekommen haben. Ich wiederhole: Er hat die Opfer mit keinem Wort erwähnt. Ich weiß, dass wir der Bayerische Landtag sind und nicht die Geschicke in den USA mitsteuern können. Wir sollten Trump jedoch wenigstens nicht loben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Als Bayerischer Landtag können wir jedoch das jüdische Leben in Bayern stärken. Ich möchte daran erinnern, dass wir als GRÜNE-Fraktion schon im Jahr 2015 auf die anderen Fraktionen zugegangen sind und gesagt haben: Lasst uns doch eine Arbeitsgruppe zur Stärkung des jüdischen Lebens in Bayern einrichten. Ich habe mir extra noch einmal den Brief angeschaut, den uns damals Herr Kreuzer geschickt hat. Er hat diesen Vorschlag abgelehnt. Jetzt, zwei Jahre später, haben sich die Ereignisse in der Welt verschärft. Die Zahl der rechtsextremen und antisemitischen Taten ist gestiegen, die antisemitischen und menschenfeindlichen Einstellungen der Gesellschaft sind weiterhin breit vorhanden. Deshalb werden wir GRÜNE erneut auf alle Fraktionen im Bayerischen Landtag zugehen und noch einmal den Vorstoß machen: Lasst uns gemeinsam darüber nachdenken, wie wir das jüdische Leben in Bayern stärken können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir auf Sie zukommen, bitten wir um Unterstützung, damit den Worten der Landtagspräsidentin beim Gedenktag in Tschechien auch Taten folgen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Dr. Eiling-Hüting.

Dr. Ute Eiling-Hüting (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 23. September 2016 ist in München einer der letzten Überlebenden der Schoah – Sie wissen es alle: Max Mannheimer – im hohen Alter von 96 Jahren verstorben. Er hat vor allem Generationen von Schülern seine persönliche Lebens- und Leidensgeschichte erzählt und sie damit tief berührt. Dabei hat er ihnen auf ihrem Weg durchs Leben immer eine Botschaft mitgegeben – wir haben sie eben schon einmal gehört, aber ich halte sie für sehr wichtig und wiederhole sie deshalb –: Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah, aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon. Nicht nur mit Zeitzeugen wie Max Mannheimer, sondern auch in vielfach anderer Weise wird in Bayern die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und anderen Formen des Extremismus zum Unterricht in allen Schularten, um gleich auf den ersten Punkt des vorliegenden Dringlichkeitsantrages einzugehen.

In der letzten Woche hatten wir in der Aktuellen Stunde das Thema Politische Bildung. Bereits da habe ich betont, dass diese in unseren Schulen ein ganz wichtiger Bestandteil des Unterrichts ist, und das nicht nur im Lehrplan für Geschichte und Sozialkunde, sondern auch in vielen anderen Fächern. Ich habe auch erwähnt, dass mittlerweile bereits 400 bayerische Schulen den Titel "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" verliehen bekommen haben. Das zeigt, wie erfolgreich allein dieses Projekt ist. Es gibt eine Studie vom Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin mit drei Untersuchungen. In einer Untersuchung von 2009 werden die Geschichtskenntnisse innerhalb der Länder verglichen. Eine Studie wurde abgehalten zu Kenntnissen bezüglich DDR und SED-Diktatur. Bayern führte im Wissen um DDR und SED-Diktatur, und zwar so sehr, dass in den Zeitungen zu lesen war: Bayerische Hauptschüler wissen mehr als Brandenburger Gymnasiasten.

(Beifall bei der CSU)

Das führe ich vor allen Dingen aus dem einen Grund an, dass es mir widerstrebt, ständig darüber zu reden, was alles nicht funktioniert. Hier funktioniert in Bayern eine ganze Menge. Weitere Ausführungen kann ich hier aus Zeitgründen gar nicht machen, und ich will sie auch nicht wiederholen. Wir haben im Ausschuss – daran werden Sie sich auch erinnern –, als wir über den Sozialkundeunterricht geredet haben, lange, ausführlich und in epischer Breite über sämtliche Projekte, Planspiele, Unterrichtsbesuche usw. gesprochen, die sich auf politische Bildung beziehen, vor allen Dingen auch im Hinblick auf Prävention gegen Extremismus.

Damit das alles an unseren Schulen überhaupt geschehen kann, werden die Lehramtsstudenten selbstverständlich entsprechend ausgebildet. Wie Sie wissen, wird ihnen schon in der ersten Phase der Lehrerausbildung das Rüstzeug an die Hand gegeben, um die Schüler zur Demokratie erziehen zu können und damit auch Extremismen jeglicher Art präventiv zu begegnen. Als einzigm Bundesland legen in Bayern Prüfungskandidaten aller Schularten im Rahmen der zweiten Staatsprüfung eine mündliche Prüfung im Fach Schulrecht und Schulkunde sowie Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung ab. Das gibt es nur hier. Die Ausbildung im Fachbereich Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung während des gesamten zweijährigen Vorbereitungsdienstes ist für alle Referendare – ich betone: für alle – unabhängig von ihrer Fächerverbindung verpflichtend. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist.

Unsere Hochschulen fördern also bereits die politische Bildung aller Lehramtsstudierenden – dies zu Punkt 2 des Antrags –, und deshalb brauchen wir auch kein unabhängiges, forschungsorientiertes Institut für die Didaktik der Demokratie, wie Sie in Punkt 3 fordern. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir an unseren Universitäten – ich nenne nur Würzburg, Passau und München – und an verschiedenen Instituten für Politikwissenschaft und Soziologie entsprechende Lehrstühle haben. In Würzburg

existiert ein eigener Lehrbereich für die Didaktik der Sozialkunde. Das, was Sie fordern, wird also an vielen Universitäten aufgegriffen und bereits getan.

In Punkt 4 sprechen Sie von der Kompetenz der Einrichtungen der politischen Bildung, die bereits in vielfacher Weise für staatliche Maßnahmen zu Integration und Wertevermittlung genutzt wird. Ich habe letzte Woche allein die Schülerforen über die Akademie für Politische Bildung in Tutzing erwähnt. Planspiele finden vor Ort oder auch in der Akademie statt, etc. etc.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich sind wir gerne bereit – das waren wir immer –, die bereits bestehenden Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen. Deswegen haben wir die Bayerische Staatsregierung mit unserem Berichtsantrag aufgefordert, über all das zu berichten, was im Rahmen der politischen Bildung bereits passiert und was insbesondere selbstverständlich in Richtung Prävention gegen Radikalisierung getan wird. Das ist ein besonderes Anliegen von uns, gerade auch im Hinblick auf die vorhandene oder auch nicht vorhandene Medienkompetenz der jungen Menschen, die nicht unhinterfragt auf Quellen zurückgreifen sollen, sondern wissen sollen, wie sie diese auszuwerten haben.

Auf Basis des Berichts sind wir gerne bereit, eventuell über weitere Maßnahmen zu sprechen. Das ist unseres Erachtens der richtige Weg. Aus diesem Grund werden wir den Dringlichkeitsantrag der SPD ablehnen. Wir hoffen selbstverständlich, dass Sie am Bericht des Staatsministeriums, was alles bereits vorhanden ist, interessiert sind. Wenn sich Mängel auftun, werden wir sicher weiter eingreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Trauerfeier für Max Mannheimer am 23. Oktober im Jüdischen Gemeindezentrum in München hat Ministerpräsident Horst Seehofer im Namen des Freistaats Bayern und auch ganz persönlich versichert: Wir treten Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Menschenverachtung entschlossen und mit aller Kraft entgegen. Das sind wir Max Mannheimer schuldig, das sind wir allen Opfern

schuldig. Das ist unsere bleibende Verantwortung, und diese bleibende Verantwortung werden wir von der CSU entschlossen wahrnehmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Kollegen Rosenthal.

Georg Rosenthal (SPD): Frau Kollegin Eiling-Hüting, Sie haben sehr ausführlich über die schulische Bildung geredet. Ich zitiere einmal aus einem Bericht der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung; das ist der Verband für politische Bildung in Schule, Hochschule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Sie stellt fest, dass es mittlerweile sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich ein problematisches Defizit an politischer Bildung gibt. Ich habe in meiner Rede eigentlich auch sehr stark auf den außerschulischen Bereich rekurriert. Der Kollege Freller hat aus der Verantwortung heraus, die er neben der Landtagstätigkeit zusätzlich hat, sehr ausführlich bauliche Tätigkeiten beschrieben, und Sie sind in Ihrer Rede im Prinzip gar nicht auf die außerschulische Bildung eingegangen. Sie sind nach meinem Kenntnisstand auch überhaupt nicht auf die Defizite im Berufsschulbereich, also in der dualen Ausbildung, eingegangen, in der wir die Möglichkeit haben, Auszubildende in einem schulischen Bereich zu erreichen. Das ist aber eigentlich der Bereich, den wir aktivieren müssen, wenn wir den Rechtsextremismus bekämpfen wollen, und in diesem Bereich sind wir uns in der Demokratie- und Wertebeziehung im Grundsatz ja einig. Da frage ich Sie, welche Aktivitäten wir an dieser Stelle gemeinsam – ich betone das Wort "gemeinsam" – bündeln können.

Ich bin auch auf die unterschiedlichen Lernformen, auf die Raumstrukturen und auf die Materialien eingegangen. Vielleicht schauen Sie sich einmal das Interview des Direktors Ihrer Landeszentrale für politische Bildungsarbeit an. Da ist sehr konkret beschrieben, dass Werteerziehung nicht nur verbalisiert vermittelt werden muss, sondern dass sie gelebt und heruntergebrochen werden muss. Das wäre mir an dieser Stelle noch wichtig.

(Zurufe von der CSU: Berichtsantrag! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Wie lange redet der?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön.

Dr. Ute Eiling-Hüting (CSU): Was konkret die Maßnahmen angeht, habe ich explizit auf unseren Berichtsantrag und darauf hingewiesen, dass es sicher den Zeitrahmen sprengen würde, wenn ich alle Projekte nennen würde. Ich meine nicht, dass die politische Bildung besonders an den Berufsschulen fehlt, weil die Menschen, die extremistisch agieren und auftreten, in erster Linie nicht Berufsschüler oder Menschen sind, die durch die Berufsschule gegangen sind. Da könnte man Sie missverstehen. Ich unterstelle aber, dass Sie das gar nicht so gemeint haben.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Außerschulisch heißt für mich auch familiär, heißt für mich Vereinsarbeit und heißt für mich soziales Engagement außerhalb der Schule. Sie wissen, wir haben auch – Herr Dr. Fahn hat darüber sehr ausführlich berichtet – über Service Learning berichtet. Ich glaube einfach, dass wir die Familien unterstützen müssen, damit die Charakterbildung, die schon von klein auf erfolgen muss, besser ausgebildet ist. Wir können nicht alles über Lehrer regeln. Lehrer haben einen Bildungsauftrag, aber keinen Erziehungsauftrag.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist falsch! Das steht im Erziehungsgesetz!)

Politische Bildung beginnt für mich bei der Erziehung. Insofern gebe ich Ihnen recht: Im außerschulischen Bereich können wir sicherlich noch einiges tun. Aber ich glaube nicht, dass wir das erreichen, indem wir ein Institut einrichten, das feststellen wird, dass wir politische Bildung brauchen. Das wissen wir.

Insofern möchte ich darauf verweisen: Wir warten auf den Bericht. Sollten darin eklatante Mängel aufgezeigt werden, bin ich ganz sicher, dass auch die CSU-Fraktion zustimmen wird, daran etwas zu ändern.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lehrer haben sehr wohl einen Erziehungsauftrag!)

– Herr Pfaffmann, wie immer unqualifiziert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lehrer haben sehr wohl einen Erziehungsauftrag!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor Staatssekretär Eisenreich ans Rednerpult geht, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße sehr, dass wir heute wie in der letzten Woche über das wichtige Thema der historisch-politischen Bildung debattieren.

Wir wenden uns heute einer besonders wichtigen Aufgabe zu, nämlich der Verhinderung von Antisemitismus. Nachdem die Worte von Max Mannheimer, der letztes Jahr verstorben ist und den wir alle sehr geschätzt haben, für uns Aufgabe, Mahnung und Verpflichtung sind, möchte ich sie wiederholen, weil er sie in unser aller Stammbuch geschrieben hat: Wir sind nicht schuld an dem, was geschehen ist, aber wir sind verantwortlich dafür, dass es nie wieder passiert. – Diese Aufgabe und Verpflichtung haben wir alle zu erfüllen. Ich weiß, dass wir uns in diesem Hohen Haus in diesem Ziel einig sind.

Ich freue mich auch, dass in Bayern jüdisches Leben wieder gedeiht und blüht. Wir alle leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Die Väter unserer Verfassung haben für die Bildung in Artikel 131 die wichtigen Grundsätze, die obersten Bildungsziele, uns als Auftrag – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Habe ich die Mütter vergessen?

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

Die Väter und Mütter unserer Verfassung haben uns in Artikel 131 wichtige Grundsätze für unsere Bildungsarbeit gegeben. Ich habe sie letzte Woche schon genannt. Es handelt sich um die Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler im Geiste der Demokratie und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen. Die politisch-historische Bildung stärkt das Bewusstsein für unsere freie und demokratische Grundordnung, für die Menschenwürde und für die Grundrechte. Diese politisch-historische Bildung ist das beste Mittel gegen Antisemitismus, genauso wie die Entschlossenheit von Staat und Gesellschaft, gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt einzutreten.

Heute ist schon etwas angeklungen: Die Zuwanderung der letzten Jahre ist für uns auch eine zusätzliche Herausforderung. Wir müssen den Menschen, die bei uns eine Bleibeperspektive haben, auch die europäische und unsere deutsche Geschichte vermitteln.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Lehren, die wir aus dem Völkermord und aus dem Zivilisationsbruch des Naziregimes gezogen haben, können nur so Teil ihrer Überzeugung werden.

Deswegen ist es gut, dass wir regelmäßig diskutieren und uns vergewissern, ob wir genug tun oder ob wir noch mehr tun müssen. Aus meiner Sicht sind wir in diesem Bereich breit aufgestellt. Wir sind gut aufgestellt an den Schulen – dazu gehören im Übrigen auch immer die Berufsschulen –, an den Hochschulen, an den Institutionen der politischen Bildung und bei der Gedenkstättenarbeit.

Ich danke der CSU-Fraktion für den Berichtsantrag. Wir nutzen diese Gelegenheit gern, um unser Konzept mit seiner Vielzahl an Angeboten hier darzustellen. Das ist eine gute Grundlage für die Diskussion im Hohen Hause. Wichtig ist mir – das habe ich letzte Woche schon gesagt –, dass die politische Bildung und die Werteerziehung ein schulartübergreifendes und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel ist. Ich möchte Folgendes anmerken: Die Schule hat nicht nur die Aufgabe, zu bilden,

sondern sie hat auch einen Erziehungsauftrag. Das möchte ich an dieser Stelle ganz klar sagen. Diese Ziele sind im Lehrplan verankert. Sie sind im neuen LehrplanPLUS noch stärker verankert. Die Vermittlung unserer Grundwerte – das möchte ich auch betonen – ist im Übrigen ein ganz wesentliches Element in unseren Übergangs- und Berufsintegrationsklassen in Bayern.

Wir haben in den Schulen Leitfächer der politischen Bildung: Sozialkunde, Geschichte, Wirtschaft und Recht sowie Geografie. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte in weiteren Fächern. Daneben haben wir in den Schulen einen großen Gestaltungsspielraum, um aktives politisches Lernen zu fördern. Ich habe in der letzten Woche eine Vielzahl von Angeboten und eine Vielzahl von Möglichkeiten skizziert.

Aber diese Aufgabe betrifft nicht nur die Schulen, sondern sie betrifft auch andere Einrichtungen des Staates und darüber hinaus: Zum Beispiel die Hochschulen. Wir haben an allen bayerischen Landesuniversitäten Professuren, Lehrstühle und Institute, die sich in Forschung und Lehre mit politisch-historischer Bildung, mit Antisemitismus und Extremismus befassen. Wir werden gern in unserem Bericht darauf eingehen. Wir haben spezielle weitere Institutionen, etwa die Hochschule für Politik in München, das Institut für Zeitgeschichte mit seinem Zentrum für Holocaust-Studien oder das Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften an der LMU.

In der Lehrerbildung – das ist schon von der Kollegin Eiling-Hütig gesagt worden –, an der Universität, im Referendariat und in der Fortbildung ist die politische Bildung verankert. Ich möchte das gerade im Hinblick auf das Thema "Antisemitismus" sagen. Alle Referendare in Bayern werden in staatsbürgerlicher Bildung unterwiesen.

Über Schulen und Hochschulen hinaus gibt es weitere Institutionen. So unterbreitet die Landeszentrale für politische Bildung ganz viele Angebote. Es gibt auch die Träger der Erwachsenenbildung und die Akademie für politische Bildung. Das Kultusministerium ist Mitglied im Bündnis für Toleranz. Darin tragen wir gemeinsam mit den Kirchen und anderen Institutionen Verantwortung.

Wir haben in Bayern eine intensive und aus meiner Sicht beispielhafte Gedenkstättenarbeit. Wir verfügen mit unseren Gedenkstätten und Dokumentationseinrichtungen über ein Netz authentischer Orte. Ich nenne Dachau und Flossenbürg. In den letzten Jahren sind auch die KZ-Außenlager stärker in den Blick genommen worden. Wir haben die Dokumentationszentren Obersalzberg, München und Nürnberg. Wir haben auch das Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler in Bayern Gedenkorte besuchen. Wir ordnen 29 Lehrer an die Gedenkstätten ab. Wir bemühen uns, auch methodisch-didaktisch auf der Höhe der Zeit zu sein. Wir arbeiten mit internationalen Partnern zusammen, zum Beispiel mit Yad Vashem in Israel. Wir haben auf Initiative des Bayerischen Landtags auch die Schülerinnen und Schüler der Mittelschulen im Blick. Wir haben dazu einen Modellversuch auch auf Ihre Initiative hin angestoßen. Wir werden zu den Ergebnissen dieses Modellversuchs noch im ersten Halbjahr berichten. Wir sind auch immer offen für Vorschläge, wie wir die Gedenkstättenarbeit und die Erinnerungsarbeit verbessern können. Wir haben den vom Hochschulausschuss vorgeschlagenen Runden Tisch der zeithistorischen Erinnerungsorte in Bayern eingerichtet.

Sie sehen an den vielen Maßnahmen und Projekten, dass uns dieses Thema wirklich ein Herzensanliegen ist. Wir investieren viel und bemühen uns, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Wir nehmen uns auch immer wieder Zeit, uns zu überlegen und uns zu vergewissern, ob das reicht. Deswegen freuen wir uns über die Debatten. Wir werden in diesem Jahr ein überarbeitetes Konzept zur politischen Bildung in den Schulen vorlegen. Der Bericht, den wir vorlegen werden, ist ein guter Anlass, das noch einmal intensiv zu diskutieren und bei eventuell vorhandenen Lücken entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die in Bayern die politische Bildung gestalten und die in der Gedenkstättenarbeit tätig sind. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Zeitzeugen bedanken, aber natürlich auch bei unseren Lehrkräften und den vielen Ehrenamtlichen, die einen unschätzbar und unzählbaren Beitrag im Kampf gegen Antisemitismus und für unsere Demokratie leisten.

Ich möchte zum Schluss betonen, dass das nicht nur Aufgabe der Institutionen und des Staates ist, sondern das ist Aufgabe, Verantwortung und Verpflichtung der gesamten Gesellschaft und damit jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Georg Eisenreich! Natürlich will auch die SPD diesen Bericht, wenngleich man aufgrund Ihres Redebeitrags inzwischen genau weiß, was passiert. Nichtsdestoweniger haben wir jetzt die Gelegenheit, die ganze Problematik auf den Prüfstand zu stellen. Ich habe mich über die Aussage der Kollegin Eiling-Hüting gefreut, und auch Sie haben das gesagt: Da, wo Lücken sind, werden Sie gegebenenfalls nachbessern.

Ich meine, es gibt durchaus Lücken; wenn man sich mit den Lehrkräften unterhält, erfährt man dies. Ich hätte gerne eine Aussage von Ihnen, Herr Staatssekretär, wie man es mit einer Stunde Sozialkundeunterricht in der 10. Klasse der Realschule ermöglichen kann, die Zusammenhänge verständlich zu machen. Wie kann man den Schülern beibringen, kritisch Fragen zu stellen, und wie kann es ihnen ermöglicht werden, sich mit aktuellem Zeitgeschehen auseinanderzusetzen? Das kann man in einer Stunde wohl kaum schaffen. Das gilt gleichermaßen für die Gymnasien. Auch da muss man hinschauen.

Ich bin mir durchaus der Tatsache bewusst, dass politische Bildung nicht allein auf den Sozialkundeunterricht zu beschränken ist. Gleichwohl sollte man genau ansehen, ob das, was wir jetzt so schön formulieren, möglich ist.

Und noch etwas will ich gerne ansprechen. Wie sieht es mit der Sicht der Schüler aus? Ich nehme an, Herr Staatssekretär, dass auch Sie sich mit vielen Schülerinnen

und Schülern unterhalten. Teilweise ist es erschreckend zu erfahren, was diese an politischem Wissen und Hintergrund haben. Auch darauf sollten wir den Fokus richten: Wie beurteilen junge Menschen selbst ihren Wissensstand, und wie weit können sie damit in Diskussionen bestehen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, auswendiglernen ist das eine, aber sich vertieft mit Themen auseinanderzusetzen und kritisch Fragen zu stellen ist das andere. Darauf würde ich mein Augenmerk richten. Ich fasse meine Frage noch einmal zusammen: Kann man in einer Stunde die Zusammenhänge wirklich erklären?

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich glaube, wir können dieses wichtige Thema nicht nur auf eine Stundendiskussion reduzieren. Es handelt sich vielmehr um eine fächerübergreifende und schulartübergreifende Aufgabe. Die Sozialkunde ist dabei ein wichtiges Leitfach, allerdings auch andere Fächer wie Geschichte, Religion oder Ethik.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ob es am Ende Sinn hat oder notwendig ist, Sozialkunde zu stärken, wird man sehen. Insgesamt möchte ich allerdings sagen: Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Diese Offenheit haben wir. Den Anspruch, das Bestmögliche zu bieten, haben wir auch. Insofern freuen wir uns auf die Diskussion, die dann eine gute Grundlage hat, wenn wir den entsprechenden Bericht vorlegen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Weil die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, werde ich zunächst in einfacher Form über die Anträge abstimmen lassen, für die keine namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich hoffe, dass dann die namentliche Abstimmung gleich angeschlossen werden kann.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich rufe zunächst den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15170 auf. Wir haben hier einfache Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun rufe ich zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/15188 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuseigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15171, 17/15172 und 17/15175 sowie 17/15189 mit 17/15191 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir in wenigen Sekunden die Wartezeit erfüllt. Zur namentlichen Abstimmung kommt nun der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/15187. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten, bitte sehr.

(Namentliche Abstimmung von 16.55 bis 17.00 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Die Stimmen werden außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir fahren mit der Tagesordnung fort.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus" auf Drucksache 17/15187 bekannt: Mit Ja haben 150 und mit Nein 0 gestimmt, und auch Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.02.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg u. a. und Fraktion CSU; Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus (Drucksache 17/15187)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith	X		
Aigner Ilse	X			Gibis Max	X		
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten			
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas	X		
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker	X			Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Haderthauer Christine			
Bause Margarete	X			Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			
Blume Markus				Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.	X		
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian				Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
Deckwerth Ilona	X			Hintersberger Johannes	X		
Dettenhöfer Petra	X			Hölzl Florian	X		
Dorow Alex				Hofmann Michael	X		
Dünkel Norbert	X			Holetschek Klaus	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard	X		
Eck Gerhard				Huber Erwin	X		
Dr. Eiling-Hüting Ute	X			Dr. Huber Marcel	X		
Eisenreich Georg	X			Dr. Huber Martin	X		
Fackler Wolfgang	X			Huber Thomas	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen				Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Fehlner Martina	X			Huml Melanie	X		
Felbinger Günther	X			Imhof Hermann	X		
Flierl Alexander	X			Jörg Oliver	X		
Freller Karl	X			Kamm Christine	X		
Füracker Albert	X			Kaniber Michaela	X		
Ganserer Markus	X			Karl Annette	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kirchner Sandro	X		
Gehring Thomas	X			Knoblauch Günther	X		
				König Alexander	X		
				Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus			
Straub Karl	X		
Streible Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		

Gesamtsumme 150 0 0